

EUROSTAT

Kleine Krise überwunden?



Zumindest beim Fall Eurostat kann sich Romano Prodi nicht gerade mit einem Heiligenschein schmücken.

Obwohl der Skandal längst noch nicht aufgeklärt ist, ist bei Eurostat wieder Normalität eingelekehrt. Es stehen ja auch Europawahlen an.

Es war vor allem dieses Credo, das ihn auf Europas höchsten Verwaltungsposten gehievt hat: "Null Toleranz bei Betrug". Das war vor fast vier Jahren. Damals übernahm Romano Prodi die Präsidentschaft der Europäischen Kommission mit dem Versprechen, Konsequenzen aus den Betrugsskandalen zu ziehen. Und die EuropäerInnen vertrauten ihm.

Gestern nun verkündete ein frisch eingearbeiteter Michel Vanden Abeele, seit Herbst 2003 Generaldirektor der EU-Skandalbehörde Eurostat, die "kleine Krise" habe die Arbeit bei Eurostat zu keinem Moment beeinträchtigt. Und weiter: "Unsere Statistiken entsprechen den hohen Erwartungen, die an uns gerichtet werden." Schön für Eurostat, schön für Luxemburg. Denn über 700 MitarbeiterInnen, die allesamt im Großherzogtum tätig sind und tagein, tagaus aufs Kirchberg-Plateau fahren, sorgen dafür, dass das Euroviertel nicht völlig umsonst auf die grüne Wiese gesetzt wurde.

Plünderung der EU

Bei Eurostat ist also wieder Normalität eingelekehrt, der Skandal anscheinend aufgearbeitet. Aber nur scheinbar. Zur Vorgeschichte: Mindestens seit 1998 bringt das europäische Statistikamt, das unter anderem die politisch brisante Prüfung der Maasricht-Kriterien vorbereitet, den Namen Luxemburg ständig in die Schlagzeilen. Damals führte noch Landsmann Jacques Santer die Kommission, der bekanntlich wegen ganz anderer Finanzskandale mit seiner Crew geschlossen zurücktreten musste. Schon damals sah sich die Eurostat-Leitung nicht in der Lage, ih-

re Aufgaben mit eigenen MitarbeiterInnen zu bewältigen. Deswegen vergab sie Aufträge an andere Firmen, bei denen wiederum niemand kontrollierte, ob die gelieferte Qualität den tatsächlichen Anforderungen entsprach. Ein eigens zur Aufdeckung von Korruptionsfällen eingerichtetes Amt (Olaf) fand heraus, dass Eurostat-Beamte zusammen mit Managern von insgesamt 15 Vertragspartnern über Jahre hinweg ein Geflecht an Ausschreibungsmanipulationen aufgebaut hatten, mit dessen Hilfe bis zu 50 Prozent der Einnahmen an den offiziellen Büchern vorbei auf schwarze Konten gelenkt wurden. Im Zentrum des Skandals: die Firma Plani-stat. Für das EU-Statistikamt verkaufte die Privatfirma Eurostat-Daten - etwa an Planungsbüros und Wirtschaftsunternehmen. Mindestens 50 Prozent des Erlöses sollen mit Wissen der Eurostat-Spitze auf Schwarzkonten unter anderem bei der Luxemburger Sparkasse gelandet sein. Wo das Geld genau hinfließt, bleibt bis heute unklar. Angeblich wurde es für Abendessen und Reisen ausgegeben. Der Fehlbetrag summierte sich auf fast fünf Millionen Euro. Die Fahnder sahen darin eine regelrechte "Ausplünderung des EU-Haushalts".

Dann kam 1999 Prodi und versprach aufzuräumen. Aus Großbritannien holte er sich Star-Korruptions-Bekämpfer Neil Kinnock ins Team, zuständig dafür, sämtliche Sümpfe innerhalb der EU-Behörden trocken zu legen. Doch was war vier Amtsjahre später geschehen? Verträge mit Partnern, die schon im Jahr 2000 unter Betrugsverdacht standen, wurden verlängert, die

Qualitätskontrolle ließ weiter zu wünschen übrig und externe Partner bekamen erneut Leistungen abgerechnet, die sie nicht erbrachten. Yves Franchet, der als Generaldirektor schon 1996 am Pranger stand, weil er Zahlen manipuliert haben soll, saß weiter unbehelligt auf seinem Posten. Längst ermittelte die Pariser Staatsanwaltschaft gegen ihn und seinen Stellvertreter Daniel Byk. Die EU strafversetzte die beiden Berater in eine andere Abteilung - bei vollen Bezügen versteht sich.

Was Olaf aber noch herausfand: Die Machenschaften reichten bis in die Amtszeit Prodis hinein. Die Prodi-Kommission habe keineswegs alles für eine rückhaltlose Aufklärung getan. Die Schwarzkontenpraxis 1999 sei nur "mündlich" gestoppt worden. So seien in den Jahren 2001 und 2002 weitere Aufträge in Millionenhöhe an besonders dubiose Eurostat-Vertragspartner gegangen. Prodi betonte, dass sich die Verfehlungen auf die Zeit vor dem Amtsantritt seines zuständigen Finanzkommissars Pedro Solbes konzentrierten. Später sei Solbes von Eurostat nicht ordnungsmäßig unterrichtet worden.

Ernstes Schaden

Die EU-ParlamentarierInnen gaben sich mit dieser Erklärung zunächst nicht zufrieden. "Wenn Kommissionspräsident Romano Prodi bis Weihnachten nicht einen Schlussstrich unter die Affäre ziehen kann", warnte der Chef der Liberalen im Europaparlament, der Brite Graham Watson, "sehe ich ernstes Schaden auf die Union zukommen."

Weihnachten ist längst vorbei. Und es ist ruhig geworden um Eurostat. Luxemburgs Europaabgeordneter Claude Turmes (Déi Gréng) sagt, der politische Streit sei ausgefochten, die Untersuchungskommissionen hätten ihre Arbeit erledigt. Nun sei es Sache der Justiz, den Fall weiter zu verfolgen. Alles andere käme einer "Vorverurteilung gleich". Aber auch in der Justiz tut sich nur wenig, zumindest in Luxemburg. Denn während die Pariser Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen gegen Franchet und seinem Stellvertreter Daniel Byk schon in den nächsten Wochen erste Ergebnisse vorlegen möchte, ist von der Luxemburger Staatsanwaltschaft wenig zu vernehmen.

Die eigenartige Milde des Europa-Parlaments, das 1999 rigoros die Santer-Kommission gekippt hatte, lässt aber noch etwas anderes vermuten. Hans-Gert Pötterin, der EVP-Fraktionsvorsitzende, führt "übergeordnete politische Rücksichten" an. Die Erweiterung der EU um zehn Staaten stehe bevor, die europäische Verfassung müsse in mehreren Ländern bei Volksabstimmungen auf den Prüfstand, man gehe auf die Europawahlen zu - da dürfe die Kommission nicht beschädigt werden.

Felix Lee

Mandat d'arrêt: pas si europäisch wie ça

Il y a un an lorsque le projet de loi sur la lutte contre le terrorisme passait à la Chambre, il avait suscité de vives protestations de la part de la société civile. Mardi dernier a été voté un projet de loi auquel la même crainte devrait s'appliquer: celui sur le mandat d'arrêt européen. Mais cette fois-ci c'est le calme plat.

Cette nouvelle loi généralise en premier lieu le principe de la reconnaissance mutuelle. Ainsi un Etat doit livrer une personne incriminée ou condamnée dans un autre Etat, pourvu que la condition de la double incrimination soit remplie: dans les deux pays l'infraction doit être sanctionnée par le code pénal d'une peine maximale d'au moins un an. Le problème, c'est que de nombreux pays européens ont des lois pénales à caractère douteux, criminalisant par exemple l'euthanasie, l'avortement, l'homosexualité ou - au Luxembourg - la culture du cannabis.

De plus ce principe de double incrimination est suspendu pour certaines infractions graves, telles que le terrorisme, le viol ou le meurtre. Or aucune définition plus précise n'est donnée quant à ces termes, et il appartiendra aux parquets de décider si telle ou telle infraction tombe dans les champs d'application de la liste. C'est surtout cette dernière innovation qui a suscité les critiques de la société civile et même les réserves de certains pays ... parmi lesquels ne figure pas le Luxembourg.

Ce qui manque à cette harmonisation des mandats d'arrêt, c'est l'harmonisation des sanctions pénales prévues dans les Etats membres. Cet "oubli" ne met pas seulement en cause la protection des droits fondamentaux, mais travaille à l'encontre de la création tant sollicitée d'un espace juridique européen.

Sowjetischer Nachlass

Die Rote Armee - es gibt sie noch. Und sie steht vor den Toren Oslos, bedroht gar die gesamte Küste Norwegens. Hervorgekrochen aus den Tiefen der Barentssee haben sie sich zu Tausenden nach Skandinavien herangepircht. Wir reden hier von roten bis zu einem Meter große Krabben, die bis zu acht Kilo wiegen. Norwegische Medien sprechen vom "Einmarsch der Roten Armee" aus dem bösen Russland - und liegen damit gar nicht so falsch. Denn die auch als Königskrabbe bekannten Meerestiere wurden tatsächlich in den 60er Jahren von den Sowjets in der Barentsee angesiedelt, um die Nahrungsmittelversorgung mit den Schalentieren zu bereichern. Nach und nach haben sie sich über das gesamte Nordmeer ausgebreitet und nun eben Norwegen erreicht. Zwölf Millionen Stück soll es bereits in Europa geben. Und auch die Luxemburger müssen sich auf eine Invasion gefasst machen. Doch nicht über die Mosel, auch nicht über die Alzette. Nein, über den Feinschmeckerladen.

Zu früh gefreut

In Luxemburg tobt der Zeitungskrieg. Und da heißt es: die Schwächen des Feindes genau unter die Lupe nehmen. Kein Wort bleibt ungesehen, auch noch so kleine Fehler der Konkurrenz werden ausgeschlachtet. Vorreiter: "d'Lëtzebuerger Land". Das Etepetete-Blättchen hat für Gemeinheiten eigens eine Rubrik eingerichtet. Allwöchentlich werden im "Aufgelesenes" die Patzer der Konkurrenz gnadenlos auf die Schippe genommen. Und zugegeben: Auch so manche woxxies schauen Freitagmorgens als erstes auf die Rückseite des Konkurrenzblattes, um sich zum wiederholten Mal über das "Tageblatt" zu amüsieren, das mit seiner Fehlerquote unangefochten an der Spitze aller Luxemburger Printmedien steht. Nur währt die Freude nicht lang, wenn im nächsten Absatz die woxx selbst zur Zielscheibe des Gespöts wird. So geschehen in einem Artikel, in dem es um den amerikanischen Bürgerkrieg geht. Redakteur X vertat sich bei der Jahreszahl 1864 glatt um ein ganzes Jahrhundert. Sehr peinlich. Doch ein kurzer Blick auf den "Feierkrop" und sie ist wieder da, die Schadenfreude. Denn die Spaßvögel hatten wiederum das "Land" inspiziert und siehe: in der selben Woche zum gleichen Thema ließen die Leute vom "Land" den amerikanischen Bürgerkrieg bis 1965 andauern. Wo woxxies sonst vor Bescheidenheit nur so strotzen, können sie sich dieses Mal nicht zurückhalten: Ätsch, zu früh gefreut, Ihr Oberhirnis.